

Newsletter KdK – Standpunkt der Kantone 2/2020: Fokusbeitrag

---

# Bewältigung der Covid-19-Pandemie: Kantone stehen in der Hauptverantwortung

---

Im Rückblick auf die vergangenen Wochen fällt das Zwischenfazit positiv aus. Der Bund und die Kantone haben bei der Bewältigung der Covid-19-Pandemie bisher gut zusammengearbeitet. Die Herausforderung in der ersten Phase der Pandemie bestand vor allem darin, den Spagat zu vollziehen zwischen den nationalen Vorgaben einerseits und der konkreten Krisenbewältigung vor Ort andererseits. Dies ist mehrheitlich geglückt, auch dank den regelmässigen Rückmeldungen der Kantone an den Bund. Denn als für den Vollzug der Massnahmen Verantwortliche stehen die Kantone seit Beginn der Pandemie mit in der Verantwortung.

## Eindämmung der Infektionen und Bewältigung der Folgen

Auch nach dem Abflauen der Infektionswelle stellt die Covid-19-Pandemie die Schweiz vor erhebliche Herausforderungen. So ist weiterhin die Unterstützung aller Akteure sowie der Bevölkerung notwendig, um die Verbreitung des Virus nachhaltig einzudämmen. Zudem müssen die weitreichenden Folgen der Krise für Wirtschaft, Gesellschaft und öffentliche Haushalte bewältigt werden. Dazu wird es weiterhin eine enge Koordination und Zusammenarbeit der Kantone mit dem Bund, aber auch der Kantone untereinander benötigen.

## Kantone tragen nun die Hauptverantwortung

Per 19. Juni 2020 hat der Bundesrat die «ausserordentliche Lage» gemäss Epidemien-gesetz beendet. In der nun geltenden «besonderen Lage» erhalten die Kantone ihre verfassungsmässigen Kompetenzen zurück. Das heisst, sie regeln ihre Zuständigkeitsbereiche autonom und tragen die Hauptverantwortung für die Verhinderung und Bewältigung eines Wiederanstiegs der Covid-19-Fälle. So sind sie beispielsweise im Bereich der Mittel-, Berufs- und Hochschulen für die Festlegung der Modalitäten des Präsenzunterrichts zuständig. Kantone, die eine Zunahme der Fallzahlen oder lokale Ausbrüche feststellen, sollen diese mit geeigneten und verhältnismässigen Massnahmen bewältigen. Der interkantonale Austausch und die Koordination mit dem Bund sichern dabei ein abgestimmtes Vorgehen. Die interkantonalen Konferenzen sind hier besonders gefordert.

## Konsultation der Kantone bei Bundesmassnahmen

Der Bund beschränkt sich in dieser Phase gemäss Epidemien-gesetz grundsätzlich auf die Koordination und ein Vollzugsmonitoring. Er kann aber weiterhin Massnahmen anordnen, die normalerweise in die Zuständigkeit der Kantone fallen. Dafür muss er die Kantone jedoch mit einer angemessenen Frist vorab konsultieren. Aus Sicht der Kantone sind deshalb die entsprechenden Prozesse verbindlich festzulegen, um Konflikte zu vermeiden. Die Kantone sorgen dafür, innert nützlicher Frist Stellung zu nehmen.

## Auswirkungen auf die Kantonshaushalte

Die Covid-19-Krise wird kurz-, mittel- und langfristig bedeutende finanzielle Auswirkungen für die Kantone haben. Einerseits hat sie finanzielle Folgen, die unmittelbar auf den Notstand zurückzuführen sind, beispielsweise die Bereitstellung von Infrastrukturen wie Testzentren, Contact Tracing etc. oder die Umsetzung von Schutzkonzepten. Andererseits droht eine massive Verschlechterung der wirtschaftlichen und steuerlichen Situation. Es

besteht deshalb die Erwartung, dass der Bund auch in finanzieller Hinsicht ein verlässlicher Partner der Kantone bleibt. Das heisst insbesondere, dass es keine Sparprogramme auf Kosten der Kantone geben darf. Bund und Kantone können diese Krise nur dann erfolgreich meistern, wenn sie weiterhin eng zusammenarbeiten.

#### Stärken des Föderalismus betonen

Die Covid-19-Pandemie hat gezeigt, dass der Föderalismus gerade in einer solchen Krise seine Stärken ausspielen kann. Die dezentralen Strukturen erlauben es, massgeschneidert auf lokale und regionale Gegebenheiten zu reagieren. Dies ist letztlich effizienter als zentrale Vorgaben, die sich mit der Realität in vielen Regionen nicht decken und so unnötigerweise hohe Kosten generieren. Dem gegenüber steht die negative Wahrnehmung eines «föderalen Flickenteppichs», wie er in den letzten Monaten in der medialen Berichterstattung immer wieder gezeichnet wurde. Die Vielfalt, die den Schweizer Föderalismus auszeichnet, wird im Grundsatz zwar gerne hochgehalten, im Konkreten aber oft pauschal als Problem erachtet. Alle Akteure im Schweizer Bundesstaat sind hier gefordert, mehr Überzeugungsarbeit zugunsten des föderalen Staatswesens zu leisten, das sich gerade auch in der bisherigen Krisenbewältigung als sehr effektiv erwiesen hat.